

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 10/6073 —

Energiebericht der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Brokdorf zu unterbinden.

Bonn, den 3. Oktober 1986

Borgmann, Hönes und Fraktion

Begründung

1. Mit der Inbetriebnahme des am meisten umstrittenen Atomkraftwerks der Bundesrepublik Deutschland wird der Wille der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland eklatant mißachtet. Kein Land in Europa hat seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ein zusätzliches Atomkraftwerk ans Netz genommen. Mit der Inbetriebnahme dieses Reaktors würde sich die Bundesrepublik Deutschland als Vorreiter eines weiteren Ausbaus der Atomenergie in aller schlechteste Empfehlung bringen.
2. Die Inbetriebnahme des AKW Brokdorf würde ein weiteres Super-GAU-Risiko ohne jede energiepolitische Notwendigkeit bedeuten.
3. Das Atomkraftwerk Brokdorf birgt ein besonders hohes Gefahrenpotential. So soll dieser Reaktor anfangs mit hochangereicherten Brennelementen und ab 1990 mit plutoniumhaltigen Mischoxid-Brennelementen (MOX) betrieben werden. Hierdurch wird das installierte Gefahrenpotential des Atomkraftwerks beträchtlich erhöht. Da eine externe sogenannte Zwischenlagerung von MOX-Brennelementen in der Bundesrepublik Deutschland nicht zugelassen ist, sollen die internen Lagerbecken für die abgebrannten hochradioaktiven Brennelemente anstatt vier gleich zwölf Jahresentladungen an Brennelementen aufnehmen.

